



SEV, VPOD und syndicom zur Abstimmung zur „pro Service public-Initiative“

Am heutigen Sonntag haben 100 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für den Service public gestimmt: Nein stimmte, wer den gut funktionierenden Service public verteidigen wollte. Ja stimmte, wer sich bessere Dienstleistungen bei den drei Unternehmen SBB, Swisscom und Post erhoffte.

Dieses überaus eindeutige Signal richtet sich an die Politik und an die bundesnahen Unternehmen. Die Bevölkerung will weiterhin einen guten Service public von allen drei Unternehmen, sie will, dass die Dienstleistungen sich an ihren Bedürfnissen ausrichtet und dass es diesen Service public auch noch in fünf, zehn und zwanzig Jahren gibt. In allen Regionen und zu fairen Preisen.

Wir Gewerkschaften setzen uns für diesen Service public ein, mit unseren Mitgliedern, die an der Front arbeiten. Sie sind die ersten, die unter den betrieblichen Veränderungen, unter dem Zeitdruck, dem Stress leiden und sie sind täglich mit dem Groll der Bevölkerung konfrontiert, wenn die Dienstleistungen abgebaut werden.

Zwischen der Qualität der Dienstleistungen und den Arbeitsbedingungen besteht ein direkter Zusammenhang, denn der Abbau von Dienstleistungen oder die Auslagerung von Teilbereichen setzen immer auch die Arbeitsbedingungen unter Druck. Forderungen für genug Personal und faire Arbeitsbedingungen sind deshalb immer ein Bekenntnis zu einem starken Service public.

Der Service public muss querfinanziert werden, damit die Preise für die Bevölkerung erschwinglich bleiben. Querfinanziert durch den Bund – das gilt in hohem Masse für die SBB und es gilt auch für die Post. Oder querfinanziert durch eigene Unternehmensgewinne – das gilt in hohem Masse für die Swisscom, die die Grundversorgung garantiert und den Ausbau der Infrastruktur auf dem neusten technologischen Stand vorantreibt, wie zurzeit das Glasfasernetz. Diese Investitionen bilden eine wesentliche Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz.

Wir fordern das Parlament auf, diese Querfinanzierungen weiter zu ermöglichen. Halten Sie Mass bei der Unternehmenssteuerreform III, denn eine leere Bundeskasse kann keinen Service public finanzieren!

Sorgen Sie dafür, dass die Grundversorgung wirklich den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht und nicht einfach eine Minimalversorgung ist. Bedenken Sie, dass die Bevölkerung einen modernen, zeitgemässen Service public will mit digitalen Angeboten, die der technologischen Entwicklung entsprechen. Aber bedenken Sie auch, dass die Bevölkerung weiterhin und auf längere Sicht hinaus auch die analogen Angebote wünscht. Es braucht die Auskunftsperson am Schalter, es braucht die Zugbegleiterin, es braucht den Pöstler, der das Paket nach Hause bringt!

Sorgen Sie dafür, dass der Grundversorgungsauftrag nur an Unternehmen gehen darf, die einen Gesamtarbeitsvertrag einhalten, bei denen die Angestellten unter dem Schutz von kollektiv ausgehandelten Arbeitsbedingungen stehen. Dann können sie auch einen qualitativ hochstehenden Service bieten!

Sorgen Sie dafür, dass die untersten und obersten Löhne der Unternehmen in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Unterbinden Sie die Lohnexzesse!

Widerstehen Sie den Privatisierungstendenzen bei den bundesnahen Betrieben. Die Kontrolle durch den Bund garantiert, dass die Dienstleistungen an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtet werden können.

Wir fordern den Bundesrat auf, das starke Signal der Bevölkerung aufzunehmen und verantwortungsbewusst damit umzugehen. Stellen Sie die Weichen neu und anders bei SBB, Swisscom und Post. Schreiben Sie bei allen strategischen Zielen den Grundsatz ganz oben rein, dass das Gemeinwohl vor allen anderen Zielen kommt!

Sorgen Sie für maximale Transparenz zu Ausgaben und Einnahmen und zur Gewinnverwendung bei allen Unternehmen, die einen Grundversorgungsauftrag haben. Geben Sie der Bevölkerung die echte Möglichkeit zu prüfen, ob die Preise fair und gerechtfertigt sind!

Wir fordern die drei Unternehmen Post, SBB und Swisscom auf, den Groll und die Bedürfnisse der Bevölkerung ernst zu nehmen und entsprechend zu handeln: Stoppen Sie Sparprogramme und Personalabbau und stoppen Sie die Auslagerung der Grundversorgung an Unternehmen ohne Gesamtarbeitsverträge. Jetzt!

Wir fordern sämtliche Unternehmen in der ganzen Schweiz mit einem Grundversorgungsauftrag auf, ihrem Personal die Arbeitsbedingungen zu bieten, die einen guten Service public möglich machen. Die Bevölkerung hat heute auch dazu ein klares Votum abgegeben: Schluss mit Sparmassnahmen in der Bildung, bei der Sicherheit, in der Betreuung, in der Langzeitpflege, bei der Spitex und in den Spitälern! Der Service public lässt sich nicht auf SBB, Swisscom und Post reduzieren! Die Bevölkerung hat ein Recht auf einen Service public, der das Gemeinwohl an die erste Stelle setzt!

SEV: Giorgio Tuti, Präsident, und Barbara Spalinger, Vizepräsidentin

Syndicom: Giorgio Pardini, Leiter Telecom und Daniel Münger, Leiter Logistik

VPOD: Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin, und Stefan Giger, Generalsekretär